



Installation einer Windkraftanlage in der Uckermark

Das Windkraft-Fiasko

ENERGIE Um unabhängig von russischem Gas zu werden, müsste Deutschland im Eiltempo Tausende Windräder installieren. Doch die hohe Inflation würgt den Ausbau der Erneuerbaren ab.

Andreas Evertz mag es eigentlich westfälisch zurückhaltend. Der Maschinenbauer ist Chef der Firma Flender aus dem Münsterland, eines führenden Herstellers von Getrieben, Kupplungen und Generatoren für Windräder. In diesen Tagen mag sich Evertz nicht mehr zurückhalten: »Dieser Glaube, wir kommen da schon durch, macht mich sprachlos.«

Seit Jahren haben es Windkraftfirmen schwer. Steigende Rohstoffpreise, stockende Lieferketten, Fachkräftemangel und eine monströse Bürokratie setzten der Branche mit ihren 130 000 Beschäftigten zu. Nun kommt auch noch die höchste Teuerungsrate seit 70 Jahren obendrauf. Die Inflation treibt die Produktionskosten in die Höhe, steigende Zinsen verteuern die Kredite für Investitio-

nen. Seit Ende 2021 haben sich die Darlehenszinsen für Ökostromprojekte zum Teil vervierfacht.

Nie zuvor schien ein Ausbau erneuerbarer Energien so dringlich, um unabhängig von russischem Gas und klimaschädlichen Kohlekraftwerken zu werden. Doch der Preisanstieg würgt die Energiewende ab.

Windanlagenbauer wie Vestas oder Nordex machen deutliche Verluste, Projektierer stoppen ihre Pläne für neue Windparks. Wie schlimm es um die Branche steht, zeigte sich vor zwei Wochen bei der jüngsten Ausschreibungsrunde für Onshore-Windparks. Dort können Anlagenbetreiber um neue Standorte für Windräder an Land buhlen, den Zuschlag erhält, wer am wenigsten staatliche Förderung reklamiert. Fachleute hatten bei der Auktion eine Flut von Geboten erwartet. Doch die blieb aus: Für mehr als 40 Prozent der Flächen fand sich überhaupt kein Anbieter. Zu groß war offenbar die Angst vor einem finanziellen Fiasko.

Dabei wollte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den Ausbau von Ökostromanlagen eigentlich turbobeschleunigen. Mit den sogenannten Oster- und Sommerpaketen will der Minister ab Anfang 2023 bürokratische Hürden für die Errichtung neuer Windparks schleifen. Gegen die Inflation hilft das indes nicht. Und ein finanzieller »Wumms« für die Energiewende, ähnlich wie das 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr, wird in der Koalition bisher nicht erwogen.

Die Regierung zeige »zwar Kreativität, wenn es darum geht, aus Ländern wie Katar zusätzliches Gas zu beschaffen«, klagt Christoph Bautz, Chef der Bürgerbewegung Campact, »doch bei den erneuerbaren Energien agiert sie brav weiter im Korsett des Koalitionsvertrags«.

Flender-Chef Evertz fürchtet, von den Preissteigerungen überrollt zu werden. Bei einem seiner Zulieferer, der Komponenten für Getriebe herstellt, seien allein die Stromkosten um 3,6 Millionen Euro gestiegen – und das bei einem Jahresumsatz von 30 Millionen Euro. Material und Löhne hätten sich ebenfalls verteuert. Das schlage auch auf seine Kosten durch.

Bei den Schmiedeteilen, aus denen Flender Zahnräder herstellt, sind die Preise bereits dramatisch gestiegen. 2900 Euro je Tonne kosten sie mittlerweile in Europa, gut ein Drittel mehr als vor einem Jahr. In China seien die Teile für 1800 Euro je Tonne zu haben. Flender bleibt kaum etwas anderes übrig, als mehr Material in China zu beschaffen. Gut findet Evertz das nicht: »Wir können schlecht sagen, wir wollen unabhängig von russischem Gas werden – und dann werden wir abhängig von Stahl oder ganzen Windturbinen aus China.«

Trotz des Einkaufs in Asien muss Evertz seine Preise anheben – was ihm nur bedingt gelingt. Seine Kunden, die Hersteller von Windrädern, »können die Erhöhungen, die

wir eigentlich durchführen müssten, derzeit gar nicht verkraften«.

Das liegt vor allem daran, dass nur die wenigsten Anlagenbauer mit ihren Kunden, den Planern und Betreibern von Windparks, sogenannte Preisgleitklauseln vereinbart haben. Sie ermöglichen es, auch in bestehenden Verträgen die Konditionen nachzubessern, wenn die Preise über die Zeit anziehen. In der Branche waren solche Vorkehrungen bisher unüblich. Und selbst wenn sie in den Verträgen stehen, ist ihre Spannweite oft begrenzt. Die Inflation reißt bei den Windradfabrikanten deshalb besonders tiefe Löcher in die Bilanzen.

Der Energietechnikkonzern Siemens Energy kann davon ein Lied singen. Er kontrolliert mit Siemens Gamesa einen der größten Windanlagenbauer der Welt, der tief in den roten Zahlen steckt. Während die Betreiber von Windparks dank der hohen Strompreise Zusatzgewinne verbuchten, schrieben Anlagenbauer große Verluste, klagt Siemens-Energy-Chef Christian Bruch und fordert, die Risiken fairer zu verteilen. »Am Ende müssen alle Geld verdienen, sonst wird niemand mehr in Innovationen und zusätzliche Fertigungskapazitäten investieren.«

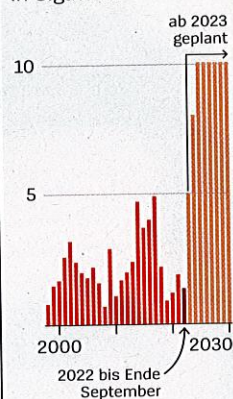
Die Betreiber von Windparks lassen Bruchs Kritik nicht gelten. Die Einnahmen aus den höheren Strompreisen müssten sie, wenn die Pläne der Koalition umgesetzt werden, bald zum größten Teil abgeben. Das Wirtschaftsministerium will sogenannte Zufallsgewinne der Erzeuger abschöpfen, um damit die Strompreise für Verbraucherinnen und Verbraucher zu subventionieren. Womöglich sogar rückwirkend bis Anfang März, wie es in einem ersten Konzeptpapier aus dem Ministerium heißt.

Windparkbauer, die das Geld bereits für neue Investitionen verplant hätten oder Kredite ablösen müssten, bekämen dann ein Problem, heißt es in einer Analyse, die der Ökostrominvestor Wi-IPP an Habecks Staatssekretär Patrick Graichen geschickt hat. Zudem trafen die Preissteigerungen auch die Parkbauer, vor allem jene mit relativ neuen Projekten.

So wie Ostwind. Das Unternehmen hätte eigentlich Grund zum Feiern. Nach zwölf Jahren Planung und einem zähen Genehmigungsverfahren erhielt Ostwind 2020 endlich die Erlaubnis für einen großen Windpark in Brandenburg. Anlagen mit einer Kapazität von mehr als 50 Megawatt will die Tochter des Branchenriesen Ørsted aus Dänemark errichten.

Windige Planung

Jährlicher Zubau von Windenergieanlagen* in Deutschland, in Gigawatt



* auf dem Festland
 ■ Quellen: Fraunhofer ISI, IWR; bis 2022 Nettozubau, ab 2023 geplanter Bruttozubau



Flender-Geschäftsführer Evertz, Staatssekretär Graichen

»Doch jetzt, wo es losgehen soll, müssten wir eigentlich die Bücher schließen«, sagt Ostwind-Chef Stefan Bachmaier. Die Preise für Windkraftanlagen seien teils um mehr als 20 Prozent gestiegen. Man müsse jetzt schauen, wie man damit finanziell klarkomme. Ein Rückzug würde bedeuten, dass mehr als ein Jahrzehnt an Planungsarbeit umsonst gewesen wäre.

Kleinere Projektierer ohne einen finanzstarken Konzern im Rücken können das kaum durchhalten. Derzeit stecken Windparks mit einer Kapazität von rund neun Gigawatt in Genehmigungsverfahren. Bachmaier schätzt, dass sich viele von ihnen kaum noch rechnen.

Das liegt auch an den starren Ausschreibungsregeln für neue Windparks. Bewerber müssen bei den Auktionen angeben, wie viel Vergütung sie für die Kilowattstunde Strom erhalten möchten. Die Subventionen sind nach oben gedeckelt. Die steigenden Kosten sprengen inzwischen oft den Rahmen.

Hinzu kommen riskante Strafen. Infolge der stockenden Lieferketten müssen Parkbauer häufig länger als geplant auf einzelne Bauteile warten. »Die Lieferzeiten betragen teils 30 Monate oder mehr«, sagt Bachmaier. Erhalte man bei einer Auktion den Zuschlag, habe man bis zur Inbetriebnahme lediglich 24 Monate Zeit. Danach sind Strafen von bis zu 200 000 Euro pro Windturbine zu zahlen. Viele Projektierer böten bei den Auktionen deshalb gar nicht erst mit, sagt Jürgen Quentin von der Fachagentur Windenergie an Land. »Die Strafe muss weg«, fordert er.

Im Bundeswirtschaftsministerium sieht man die Lage offenbar weniger dramatisch. Dort will man mit dem Oster- und dem Sommerpaket bereits die nötigsten Verbesserungen auf den Weg gebracht haben, die im Verantwortungsbereich des Bundes liegen. »Wir beobachten die Situation sehr genau«, sagt Staatssekretär Graichen, betont allerdings: Angesichts der sehr hohen Strommarktpreise sei jedes Windprojekt, das schnell realisiert würde, aktuell hochprofitabel.

Graichen schließt nicht aus, die Vergütungsgrenzen bei Auktionen zu erhöhen. Entscheidend sei aber die weitere Entwicklung der Kosten, vor allem der Rohstoffpreise. »Aktuell sinken sie ja wieder«, so Graichen. Zumindest für die nächste Ausschreibung neuer Windparks an Land ist noch immer der gleiche Höchstwert anbeiräumt wie in der vorangegangenen, deutlich unterzeichneten Auktion.

Bei der Strompreisbremse wiederum steht noch nicht fest, für wie viele Monate die Zusatzgewinne tatsächlich rückwirkend abgeschöpft werden könnten. »Die Kernfrage ist, ab welchem Zeitpunkt die Firmen davon ausgehen mussten, dass ein Abschöpfungsinstrument kommen würde«, sagt der Staatssekretär. Schon Anfang März oder doch erst später? Der genaue Zeitpunkt sei noch offen.

Handlungsbedarf sieht das Bundesministerium vor allem auf Länderebene. So sollten die Genehmigungsämter ihr Personal aufstocken, fordert Graichen, »damit der bestehende Antragsstau endlich abgearbeitet wird«. Insgesamt müssten alle an einem Strang ziehen, um den Erneuerbaren-Ausbau voranzubringen. »Das ist jetzt dringlicher denn je.«

In der Branche bewerte man das zum Jahreswechsel in Kraft tretende Osterpaket zwar als »ganz ordentliche Grundlage« für den Bürokratieabbau, attestiert Katja Wünschel, die bei Deutschlands größtem Stromerzeuger RWE das Geschäft mit Fotovoltaik und Windrädern an Land in Europa und Australien verantwortet. Doch noch immer dauere vieles zu lange. So müsse der erste Nachweis, dass die Bundesländer künftig zwei Prozent ihrer Flächen für Windparks ausweisen, erst 2027 vorgelegt werden, für die Gesamtfläche sogar erst 2032.

Laut Wünschel braucht es zudem stärkere finanzielle Anreize für die Gemeinden, um Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Als Belohnung könnte der Anteil, den die Kommune am Windstrom verdienen kann, von 0,2 Cent pro Kilowattstunde auf das Doppelte angehoben werden. »Fast-track« nennt die RWE-Frau das.

Dass viel Geld jetzt viel helfen würde, sieht auch Graichen so. Ausgeben soll das neben der Bundesrepublik vor allem Brüssel. Die US-Regierung habe gerade ein gigantisches Subventionspaket für Zukunftstechnologien beschlossen, sagt der Staatssekretär. »Zahlreichen Branchen, von der E-Mobilität über Wasserstoff bis zur Windkraft, winken großzügige Steuerbegünstigungen.« Der Umfang des US-Pakets wird auf mehrere Hundert Milliarden Dollar in den kommenden zehn Jahren geschätzt. »Wir brauchen jetzt eine rasche europäische Antwort, die unsere Stärken nach vorn stellt«, fordert Graichen. »Sonst fällt Europa im Standortwettbewerb zurück.«

Benedikt Müller-Arnold, Stefan Schultz, Gerald Traufetter

Lesen Sie auch ▶ Mit cleveren Kamerasystemen gegen den Windkraft-Widerstand | 110